



TOBEL

*eine innovative Gemeinde
mit Zukunftsperspektiven*

TÄGERSCHEN

Unterhaltsreglement der Flur- und Waldstrassen, Entwässerungsanlagen

**der
Politischen Gemeinde
Tobel-Tägerschen**

**Inkraftsetzung per:
01.01.2022**

Inhaltsverzeichnis

I. Zweck, Umfang, Eigentum	Seite 3
II. Organisation	Seite 4
III. Durchführung	Seite 5
IV. Finanzierung und Kostenverteilung	Seite 7
V. Vollzugs- und Schlussbestimmungen	Seite 8

I. Zweck, Umfang, Eigentum

§ 1

Zweck

Die Gemeinde Tobel-Tägerschen (nachfolgend als Gemeinde bezeichnet) ist Rechtsnachfolgerin sämtlicher Korporationen des Flurwesens und besorgt in ihrem Gemeindegebiet den regelmässigen Unterhalt aller Flur- und Waldstrassen, Wege und Entwässerungsanlagen, soweit sie in den massgebenden Plänen eingetragen sind.

§ 2

Eigentum

Die Gemeinde ist Eigentümerin aller ausgemarkten Flur- und Waldstrassen, deren Entwässerungen sowie der Entwässerungsanlagen, soweit diese Anlagen im Grundbuch nicht auf das Eigentum von Bund, Kanton oder Privaten eingetragen sind.

§ 3

Umfang

Die zu unterhaltenden Anlagen sind im Übersichtsplan 1:5'000 vom 20. Dezember 2004 sowie in den Entwässerungsplänen 1:1'000 und im WebGIS eingetragen. Die Pläne und das WebGIS bilden zusammen mit dem Flächenverzeichnis einen integrierenden Bestandteil des Unterhaltsreglements.

Private Anlagen

Die Gemeinde kann auf Gesuch hin auch private Anlagen in die Unterhaltspflicht übernehmen. An die Übernahme können Bedingungen gestellt werden, namentlich die Eigentumsübertragung gemäss Art. 2 sowie eine angemessene einmalige Abgeltung (Einkaufssumme).

Ergänzungen

Erachtet die Gemeinde die vorgeschlagenen Verbesserungen und Ergänzungen als notwendig, so sind diese durch die Gemeinde auszuführen.

II. Organisation

§ 4

Gemeinderat

Der Gemeinderat ist für den Vollzug dieses Reglements verantwortlich. Insbesondere obliegen ihm:

1. Unterhalt sämtlicher in den massgebenden Plänen bezeichneten Anlagen.
2. Nachführung im WebGis, in den massgebenden Plänen und im Flächenverzeichnis.
3. Vorbereitung und Vollzug der Beschlüsse der Gemeindeversammlung, welche das Unterhaltsreglement betreffen.
4. Vertretung gegenüber Behörden, Gerichten und Drittpersonen.
5. Prüfung und eventuelle Weiterleitung von Gesuchen für neue Meliorationen im Gemeindegebiet.
6. Erlass von Weisungen und Abschluss von Rechtsgeschäften über die Benützung oder das Eigentum (An- und Verkauf, Tausch) an den gemeinsamen Anlagen. Bei Veräusserungsgeschäften werden die Interessierten nach Möglichkeit vorgängig orientiert

§ 5

Unterhaltskommission

Der Gemeinderat kann für die Durchführung der Unterhaltsaufgaben eine Unterhaltskommission wählen.

Der Kommission hat ein Mitglied des Gemeinderates anzugehören, welches gleichzeitig als Präsident amtiert.

§ 6

Rechnungsführung

Die Rechnung wird durch die Gemeindeverwaltung geführt und ist zusammen mit der ordentlichen Rechnung von der Gemeinde zu genehmigen.

§ 7

Oberaufsicht

Das Landwirtschaftsamt des Kantons Thurgau (Abteilung Strukturverbesserungen) und das Kantonsforstamt üben die technische Oberaufsicht aus.

III. Durchführung

§ 8

Freier Zutritt

Die Vertreter des Gemeinderates, der Unterhaltskommission, der kantonalen Aufsichtsinstanzen, Werkhofmitarbeiter sowie weitere mit dem Vollzug betraute Personen haben jederzeit freien Zutritt zu den zu unterhaltenden Anlagen.

§ 9

Unterhaltsarbeiten

Der Gemeinderat bzw. die Unterhaltskommission ordnet die periodisch wiederkehrenden sowie die ausserordentlichen Unterhaltsarbeiten an. Dringende Reinigungs- und Instandstellungsarbeiten sind sofort anzuordnen.

Der Gemeinderat bzw. die Unterhaltskommission kann beteiligte Grundeigentümer oder Dritte, im Wald auch die Forstorgane mit Unterhaltsarbeiten beauftragen.

Für den Unterhalt der offenen Gewässer gelten die Bestimmungen des Wasserbaugesetzes.

Die Grundeigentümer und Bewirtschafter haben für die aus den Unterhaltsarbeiten resultierenden Nachteile und Beeinträchtigungen grundsätzlich keinen Anspruch auf Entschädigung. Für grössere Schäden während längerer Zeit kann der Gemeinderat jedoch eine angemessene Entschädigung beschliessen.

§ 10

Pflichten der Eigentümer und Bewirtschafter

Die Grundeigentümer und Bewirtschafter sind verpflichtet, alles zu unterlassen, was zu einer Schädigung der gemeinsamen Anlagen führen könnte und alles zu tun, was deren Bestand sichert und den Unterhalt erleichtert.

Insbesondere sind sie verpflichtet:

1. Die Weisungen des Gemeinderates zu befolgen.
2. Den Gemeinderat bzw. die Unterhaltskommission rechtzeitig zu benachrichtigen, wenn sich an den Anlagen Instandstellungsarbeiten oder Ergänzungen als notwendig erweisen.

3. Grabarbeiten, Abgrabungen und Auffüllungen ohne Genehmigung des Gemeinderates zu unterlassen. Insbesondere ist es untersagt, eigenmächtig Leitungen zu öffnen oder neue Leitungen anzuschliessen.
4. Die Grenzen gegen die Strassen - wie alle übrigen Parzellengrenzen - absolut zu respektieren. Die Strassenbankette sollen mit Gras bewachsen sein. Bei der Feldbestellung und der Ernte sind Wendemanöver auf den Strassen untersagt. Schäden an Strassenbanketten oder am Kieskoffer sind durch die Verursacher unverzüglich auf eigene Kosten zu beheben.
5. Die Strassen sofort zu reinigen, soweit bei Kulturarbeiten eine Verschmutzung unvermeidlich ist.
6. Die Marksteine so freizulegen oder zu markieren, dass sie dauernd gut auffindbar sind. Grenzschnitten im Wald sind dauernd offen zu halten.
7. Keine Bäume näher als 7 m von den Entwässerungsanlagen zu pflanzen. Ausgenommen sind Niederstammanlagen.
8. Bei der Erstellung von Obstanlagen ist auf die Entwässerungsanlagen gebührend Rücksicht zu nehmen. Für alle sich an den Entwässerungsanlagen ergebenden Schäden und Beeinträchtigungen aus Erstellung und Betrieb von Obstanlagen hat der Grundeigentümer vollumfänglich aufzukommen.
9. Tiefwurzeln Pflanzen in der Nähe von Leitungen zu entfernen.
10. Beschädigungen an Strassen durch Holzschlag, Holzschleifen und Holztransporte laufend auf eigene Kosten instand zustellen.
11. Die Lagerung von verkaufsbereitem Holz (Rund- und Schichtholz) hat neben der Strasse zu erfolgen. Wenn nötig haben die Waldbesitzer auf eigenem Grund Lagerplätze freizumachen.

Verstossen Grundeigentümer oder Bewirtschafter gegen eine oder mehrere dieser Pflichten, so haben sie für alle daraus entstehenden Schäden und Kosten vollumfänglich aufzukommen.

§ 11

Verkehrsbeschränkungen

Der Gemeinderat kann die Benützung des Flur- und Waldstrassennetzes oder Teilen davon für den allgemeinen Strassenverkehr einschränken.

§ 12

Sondernutzung

Eine vorübergehende oder dauernde Sondernutzung von gemeinsamen Anlagen durch Grundeigentümer oder Dritte ist bewilligungspflichtig. Gesuche sind an den Gemeinderat zu richten. An die Erteilung solcher Bewilligungen können Bedingungen und Auflagen geknüpft werden. Eine erteilte Bewilligung kann jederzeit widerrufen werden, wenn dies im Interesse der Erhaltung oder sachgemässen Benutzung der Anlagen liegt.

IV. Finanzierung und Kostenverteilung

§ 13

Finanzierung

Die Kosten des baulichen Unterhalts der Flur- und Waldstrassen und der Entwässerungsanlagen werden mit Beiträgen der Grundeigentümer und der Gemeinde finanziert. Bei den Drainagen sind die Kosten gemäss Art. 17 zu verteilen.

Die Gemeinde bezahlt 100% der jährlichen Grundeigentümerbeiträge gemäss Art. 16, im Maximum jedoch Fr. 30'000.- pro Jahr.

Die Gemeinde trägt sämtliche Verwaltungskosten.

§ 14

Beitragspflicht

Beitragspflichtig sind alle im Übersichtsplan einbezogenen und im Flächenverzeichnis ausgewiesenen Parzellen (oder Teile davon) ausserhalb des Baugebiets.

§ 15

Eigentümerbeiträge

Die Eigentümerbeiträge werden durch den Gemeinderat festgelegt und bestehen aus einem Flächen- sowie einem Grundbeitrag. Die Beiträge sind so anzusetzen, dass mit Einbezug der Gemeindebeiträge die Unterhaltskosten gedeckt werden können.

§ 16

Kostenverteiler Drainagen

Bei den Drainagen Ø 8 bis 10 cm leistet die Gemeinde folgende Beiträge:

- 50% an die Kosten des normalen Unterhalts
- 20% an die Kosten von Ergänzungen oder Neuanlagen

sofern solche Arbeiten vor der Ausführung der Gemeinde gemeldet werden.

§ 17

Eröffnung

Alle Mitteilungen, die Flächen und Beiträge betreffen, sind den Beteiligten schriftlich und mit dem Hinweis auf die Rechtsmittel zu eröffnen.

§ 18

Sicherstellung

Für sämtliche in diesem Reglement aufgeführten Beiträge und Kostenanteile besitzt die Gemeinde ein gesetzliches Grundpfandrecht gemäss §68 EG zum ZGB.

Im Falle der Zwangsverwertung von beteiligten Grundstücken hat der Gemeinderat dem Betreibungsamt über die Rechte und Pflichten des Betriebenen gegenüber der Gemeinde Mitteilung zu machen und die Ansprüche der Gemeinde anzumelden.

§ 19

Verzinsung

Werden die geschuldeten Beiträge und Kostenanteile nicht innert 30 Tagen seit der Fälligkeit bezahlt, so sind die ausstehenden Beträge zum Referenzzinssatz für Wohnungswesen (BWO) zu verzinsen.

V. Vollzugs- und Schlussbestimmungen

§ 20

Ersatzvornahme

Der Gemeinderat kann bei Nichtbefolgung der Anordnungen innert einer angemessenen Frist die notwendigen Massnahmen auf Kosten des pflichtigen Eigentümers durch Dritte ausführen lassen.

§ 21

Rechtsmittel

Gegen Entscheide des Gemeinderates kann innert 20 Tagen ab erfolgter Eröffnung oder Auflage beim Departement für Inneres und Volkswirtschaft, 8510 Frauenfeld, schriftlich Rekurs erhoben werden.

§ 22

Archivierung

Die Pläne, das Unterhaltsreglement und alle übrigen Akten sind geordnet im Gemeindearchiv aufzubewahren. Ab dem 01. Mai 2020 kann auch die elektronische Geschäftskontrolle als digitale Archivierung genutzt werden.

§ 23

Aufhebung

Bei einer allfälligen Aufhebung dieses Reglements ist sicherzustellen, dass die damit verbundenen Aufgaben durch eine Nachfolgeorganisation übernommen werden. Das Landwirtschaftsamt ist frühzeitig darüber zu informieren.

§ 24

Inkrafttreten

Das vorliegende Reglement tritt auf einen vom Gemeinderat festzusetzenden Zeitpunkt in Kraft.

§ 25


Rechtsnachfolge

Die Gemeinde ist in ihrem Gebiet die Rechtsnachfolgerin der nachfolgend angeführten Körperschaften:

- GZ-Korporation Tobel 06.02.80 (TG 1440)
- Unterhaltskorporation Lanterwil und Höfe 23.02.73 (TG 548)

sowie aller übrigen Korporationen im Sinne von §23 des Gesetzes über Flur und Garten vom 7. Februar 1996.

Das vorliegende Unterhaltsreglement der Politischen Gemeinde Tobel-Tägerschen wurde an der Urnenabstimmung vom 13.06.2021 genehmigt und am 28.02.2022 per 01.01.2022 durch den Gemeinderat in Kraft gesetzt.


Rolf Bosshard
Gemeindepräsident




Bete Gjoni
Gemeindegemeinschafterin